

Niederschrift
über die 29. Sitzung (Hybridsitzung) des Schulausschusses
am 04.05.2020 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank	
Kersten, Gertrud	digital
Mucha, Constanze	digital
Rohde, Klaus	digital
Dr. Schlieben, Nils Helge	
Solf, Michael-Ezzo	digital

SPD

Böll, Thomas	für Schultes, Monika
Daun, Dorothee	digital
Krupp, Ute	digital
Lüngen, Ilse	
Mederlet, Frank	digital
Weiden-Luffy, Nicole Susanne	digital

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Deussen-Dopstadt, Gabi	digital
Peters, Anna	Vorsitzende
Schmitt-Promny, Karin	für Fliß, Rolf

FDP

Müller-Rech, Franziska (MdL)

Die Linke.

Koch, Anatol	
Wagner, Barbara	digital

FREIE WÄHLER

Vallot, Margret

Verwaltung:

LVR-Dezernat 5, Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung
LVR-Fachbereich (FB) Schulen
Inklusionsamt
LVR-FB Querschnittsaufgaben des Dez. 5
LVR-Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden
LVR-Stabsstelle Koordination der Gesamtsteuerung, Strategisches Controlling im LVR-Dez. Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation
LVR-Landesjugendamt Rheinland

Frau Prof. Dr. Faber, Dezernentin

Frau Dr. Schwarz, Fachbereichsleiterin LVR-
Herr Beyer, Fachbereichsleiter
Frau Collet (Protokoll)

Herr Woltmann, Leiter

Herr Eichmüller, Leiter

Frau Dr. Kleinen, Fachberaterin
Jugendförderung, Kooperation Jugendförderung und Schule mit den Handlungsfeldern
Ganztagsbildung im Primarbereich und in der Sekundarstufe I, Kommunale Bildungslandschaften und Inklusion

Gäste:

Personalrat des LVR-Dez. 5

Frau Schiele, Vorsitzende
Frau Bosten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 28. Sitzung vom 09.03.2020
3. Bericht aus der Verwaltung
4. Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass“ **14/3990 E**
5. Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagschulen - Abschluss des von der LVR-Sozial- und Kulturstiftung geförderten gleichnamigen Modellprojekts **14/3967 K**
6. Bauliche Erweiterung der LVR-Christoph-Schlingensief-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung in Oberhausen **14/4051 E**
7. Weiterentwicklung der Arbeit der Integrationsfachdienste **14/4016 K**
8. Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland- Zugänge, Gestaltung und Verbleib **14/4005 K**
9. Modellprojekt „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte“ **14/4010 K**
10. Fortentwicklung des LVR-Budgets für Arbeit **14/4014 K**
11. Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX **14/4011 K**
12. Anfragen und Anträge
13. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

14. Niederschrift über die 28. Sitzung vom 09.03.2020
15. Anfragen und Anträge
16. Bericht aus der Verwaltung
17. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil: 11:35 Uhr

Ende nichtöffentlicher Teil: 11:40 Uhr

Ende der Sitzung: 11:40 Uhr

In Reaktion auf die derzeitige COVID-19-Pandemie wurde die Sitzung als sogenannte „Hybridsitzung“ durchgeführt, d. h. zum Teil in Präsenz im Sitzungsraum und zum Teil als Tele-/Videokonferenz. Die Teilnehmenden, die der Sitzung per Tele-/Videokonferenz beigewohnt haben, sind in der Anwesenheitsliste entsprechend gekennzeichnet. Die Abstimmung erfolgte in Fraktionsstärke nach dem Prinzip einer Soll-Stärken-Vereinbarung durch ein anwesendes Mitglied jeder Fraktion im Sitzungsraum.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau Peters, die Vorsitzende, weist zu Beginn der Sitzung auf den Beschluss des Ältestenrates in der Sitzung am 30.04.2020 hin, wonach die Ausschusssitzungen nunmehr als Hybridsitzungen stattfinden sollen. Sie begrüßt daher die im Sitzungsraum präsenten als auch die digital zugeschalteten Mitglieder des Schulausschusses sowie die Vertreter*innen der Verwaltung. Frau Brings, Vertreterin der Bezirksregierung Düsseldorf, lässt sich entschuldigen.

Auf Vorschlag von Herrn **Dr. Schlieben** wird der Punkt 12 (Bericht aus der Verwaltung) vorgezogen und als Punkt 3 (neu) behandelt. Die Tagesordnung ändert sich entsprechend.

Frau Prof. Dr. Faber weist darauf hin, dass in der Tagesordnung unter Punkt 9 als Berichterstatter*in versehentlich nur Frau Prof. Dr. Faber aufgeführt ist, nicht aber auch **Herr Lewandrowski**, LVR-Dezernent Soziales. Herr Lewandrowski sei entsprechend informiert.

Punkt 2

Niederschrift über die 28. Sitzung vom 09.03.2020

Es ergeben sich keine Anmerkungen.

Punkt 3

Bericht aus der Verwaltung

1. **Frau Dr. Schwarz** informiert ausführlich über die Situation der LVR-Förderschulen in der Corona-Pandemie: Der LVR habe nach Bekanntgabe des Landes NRW am 13.03.2020 alle LVR-Schulen - bis auf eine Notfallbetreuung für Schüler*innen, deren Eltern zu den Angehörigen der systemkritischen Infrastruktur zählen, und zuletzt auch für berufstätige Alleinerziehende - geschlossen. Derzeit würden insgesamt 163 Schüler*innen an 34 LVR-Schulen in der Notfallbetreuung unterrichtet. Seit dem 23.04.2020 würden - unter Einhaltung umfangreicher Hygienebestimmungen - die Entlassjahrgänge wieder beschult werden. Beim LVR beträfe dies rund 500 Schüler*innen. Eine vorhergehende flächendeckende Begehung aller Schulen im Rheinland durch die Obere Schulaufsicht habe in den

LVR-Schulen zu keiner Beanstandung der dort getroffenen Hygienemaßnahmen geführt.

Frau Dr. Schwarz teilt ferner mit, wie die schrittweise Öffnung der Schulen und die Wiederinbetriebnahme der OGS-Angebote an den Schulen umgesetzt werden soll. Die Realisierung jeder einzelnen Maßnahme stelle eine organisatorisch wie zeitlich äußerst herausfordernde Situation dar.

Frau Dr. Schwarz gibt an, dass es bisher lediglich vereinzelt Verdachtsfälle für eine Covid-19-Infektion an den LVR-Schulen gegeben habe.

Frau Schmitt-Promny merkt an, dass die Therapeut*innen an die Heilpädagogischen Heime zur Unterstützung der dort beschäftigten Mitarbeiter*innen abgeordnet wurden. Sie fragt an, ob in den Fällen, in denen Schüler*innen Therapiebedarf haben, Hausbesuche durch Therapeuten*innen (dies gelte auch für Lehrer*innen) möglich seien. **Frau Dr. Schwarz** erklärt ihr, dass die Verwaltung bei all ihren Maßnahmen zur schrittweisen Lockerung stets abwägen müsse zwischen dem Infektions- und Gesundheitsschutz einerseits und dem Unterrichtsanspruch der Schüler*innen und der Entlastung der Eltern andererseits. Derzeit stünde der Infektionsschutz über allem. Daher sei es Lehrer*innen und Therapeut*innen auch nicht erlaubt, Hausbesuche zu machen.

Auf die Fragen von **Herrn Böll, Frau Müller-Rech, MdL,** und **Frau Vallot** teilt **Frau Dr. Schwarz** mit, dass der LVR den Schülerspezialverkehr sukzessive und unter Einhaltung besonderer hygienischer Bedingungen hoch fahren würde.

Frau Prof. Dr. Faber fügt ergänzend an, dass die Verwaltung auch in der jetzigen Situation sicher stellen werde, dass der Anspruch der ihr anvertrauten Schüler*innen auf bildungsmäßige und soziale Teilhabe bestmöglich realisiert wird.

2. **Frau Prof. Dr. Faber** weist darauf hin, dass der LVR-Fachbereich Soziale Entschädigung derzeit Tausende von Anträgen auf Entschädigungsleistungen nach dem Infektionsschutzgesetz zu bearbeiten habe, bedingt durch Tätigkeitsverbote für Beschäftigte oder behördlich angeordneter Betriebschließungen. Vielfach seien die Anträge jedoch mangels Vorliegens einer behördlichen Anordnung unbegründet.

Seit kurzem gibt es einen weiteren Anspruch auf Entschädigung für Erwerbstätige, die wegen der Betreuung ihrer Kinder nicht arbeiten können. Die Verwaltung hat entsprechende webbasierte Fortbildungen entwickelt und habe zunächst die Situation mit Azubis und sämtlichen Trainees sowie Mitarbeitenden aus anderen Organisationseinheiten des Dezernats 5 bewältigt. Die Landesregierung NRW erarbeite derzeit ein geeignetes EDV-Programm.

3. **Frau Prof. Dr. Faber** teilt mit, dass die für den 27. August geplante Veranstaltung des LVR zur Fachpraktiker-Ausbildung coronabedingt auf die erste Jahreshälfte 2021 verschoben werden muss .

4. **Herr Beyer** erläutert, wie das LVR-Inklusionsamt die Integrationsfachdienste und Inklusionsbetriebe in der Corona-Pandemie unterstützt. Die Inklusionsbetriebe hätten die Möglichkeit, die Fördergelder für das gesamte Jahre 2020 in einer Summe ausgezahlt zu bekommen. Davon habe bereits eine größere Zahl der Inklusionsbetriebe Gebrauch gemacht. Auch laufe die Einzelförderung vorerst weiter, ohne dass bereits eine Verrechnung mit eventuell in Anspruch genommenem Kurzarbeitergeld erfolgt. Die Verwaltung rechnet zum Jahresende mit einer vermehrten Anzahl an Anträgen auf Zustimmung zu Kündigungen von Menschen mit einer Schwerbehinderung.

Herr Beyer teilt auf Nachfrage von **Frau Längen** mit, dass bisher kein Integrationsbetrieb wegen der Corona-Pandemie in die Insolvenz gegangen sei. Integrationsbetriebe hätten derzeit nur dann einen Anspruch auf Fördermittel der KfW, wenn sie nicht gemeinnützig seien. Im Rheinland seien 2/3 dieser Einrichtungen gemeinnützig.

Punkt 4

Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass“ Vorlage Nr. 14/3990

Herr Woltmann führt in die sog. Leitidee der Integrierten Beratung ein, die personenzentriert, d.h. individuell auf die Ratsuchenden angepasst und dezernatsübergreifend zu verstehen ist. Die beiden Parallelprojekte "Sozialräumliche Erprobung Integrierte Beratung" (SEIB) und "Digitales Webportal" orientieren sich daran. Das SEIB-Projekt basiere auf vier Teilprojekten und sei als Erprobungsprojekt grundsätzlich ergebnisoffen.

In einer der nächsten Sitzungen des Schulausschusses wird das Teilprojekt „Peer-Bildungsberatung“ des LVR-Fachbereiches Schulen noch ausführlicher vorgestellt.

Herr Eichmüller sichert zu, die vorgesehene und coronabedingt verhinderte Präsentation des digitalen Webportals in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen. Er gibt an, dass die Beratungsleistungen des LVR für Hilfesuchende so niedrigschwellig wie möglich angeboten werden sollen. In besonderer Weise sollen vor allem zum Gewinn weiterer Erkenntnisse die Projekte der sozialräumlichen Erprobung im LVR-Beratungskompass abgebildet werden.

Herr Woltmann teilt auf Nachfrage von **Frau Längen** mit, dass die ausgewählten Modellregionen für die „Peer-Bildungsberatung“ erst nach Feinabstimmung mit den Akteuren (LVR-Schulleitung vor Ort, kommunaler Schulträger usw.) bekanntgegeben werden, um ein gutes Fundament für die Kooperationen zu haben.

Frau Schmitt-Promny hält den Ansatz der integrierten Beratung für einen wichtigen Schritt hin zu einer guten Beratung. Sie erachtet die Verknüpfung der Beratungsleistungen des LVR mit den Beratungsangeboten vor Ort für notwendig. **Herr Eichmüller** teilt ihr auf Nachfrage mit, dass sich das Projekt "SUSI" (Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion) im Portal für hilfe- und beratungssuchende Eltern wiederfinden würde.

Herr Dr. Schlieben lobt die Verwaltung für ihr gutes Konzept. Er regt an, das Konzept auch anderen zur Verfügung zu stellen.

Herr Boss weist vor der Beschlussfassung darauf hin, dass der Ältestenrat in der Sitzung am 30.04.2020 vereinbart habe, dass die jeweiligen politischen Sprecher*innen für ihre

Fraktion in Fraktionsstärke abstimmen sollen.

Der Schulausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Umsetzungsstand der beiden LVR-Projekte (Sozialräumliche Erprobung und digitaler Beratungskompass), die auf der Grundlage der beschlossenen "Leitidee" und der "Eckpunkte" zur Integrierten Beratung entwickelt wurden, wird gemäß Vorlage Nr. 14/3990 zur Kenntnis genommen und dem beschriebenen weiteren Vorgehen zugestimmt.

Punkt 5

Inklusive Raumkonzepte an Offenen Ganztagschulen - Abschluss des von der LVR-Sozial- und Kulturstiftung geförderten gleichnamigen Modellprojekts Vorlage Nr. 14/3967

Frau Dr. Kleinen teilt mit, dass der Fokus des Projektes auf der Gestaltung und Nutzung der Räume der Innen- und Außenräume der OGS für und unter aktiver Beteiligung der Kinder mit einem besonderen Förderbedarf im emotional-sozialen Bereich läge. Das Modell sei entsprechend sehr partizipativ angelegt worden. Die Handreichung zum Modellprojekt und die Dokumentation der Abschlusstagung könne den Internetseiten der AWO Bezirk Niederrhein entnommen werden und werde zeitnah auch auf der Homepage der LVR-Fachberatung Jugendförderung und Schule eingestellt. Sie sei über den Info-Brief Ganztage einem breiten Fachpublikum bekannt gemacht worden. Die für den 14.03.2020 geplante Fachtagung "Wir sind OGS!?" musste wegen der Corona-Situation abgesagt werden und wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Auch hier ist die inklusive Raumgestaltung der OGS Thema.

Frau Schmitt-Promny ist der Ansicht, dass eine integrative Raumnutzung von entscheidender Bedeutung sei, weil die Nachfrage nach einem Platz in der OGS ansteige. Rückzugsmöglichkeiten für die Kinder seien darin ebenso wichtig wie ausreichend Gelegenheiten zu Spiel und Bewegung. Auf Dauer könne die OGS nicht mit geringfügig Beschäftigten operieren. Hier müssten neue Wege beschritten werden.

Frau Dr. Kleinen stimmt dem zu und verweist auf den von der Bundesregierung angekündigten Rechtsanspruch. Sie gibt zu bedenken, dass auch die Schaffung neuer Räumlichkeiten auf der Basis integrierter – statt additiver - pädagogischer Raumkonzepte und von Raumnutzungskonzepten erfolgen müsse, mit Teamräumen und Arbeitsplätzen für das multiprofessionelle Team der OGS mit Lehr- und sozialpädagogischen Kräften.

Der Schulausschuss nimmt die Vorlage Nr. 14/3967 zur Kenntnis.

Punkt 6

Bauliche Erweiterung der LVR-Christoph-Schlingensief-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung in Oberhausen Vorlage Nr. 14/4051

Frau Prof. Dr. Faber gibt an, dass die LVR-Christoph-Schlingensief-Schule in Oberhausen in 2007/2008 als einstufige Schule konzipiert worden war. Jetzt schon sei die maximale Belegung der Schule deutlich überschritten. Die Schülerzahlen werden langfristig weiter ansteigen. Sie erläutert **Frau Schmitt-Promny** auf Nachfrage ausführlich, nach welchen alternativen Lösungen die Verwaltung in Kooperation mit der Stadt Oberhausen gesucht habe, um eine Schulbauerweiterung vermeiden zu können - leider ergebnislos. Generell betrachte die Verwaltung die Frage nach Schulneubauten nicht isoliert, sondern lotet im Vorfeld aus, ob nicht im Wege der Kooperation mit den

Mitgliedskommunen andere Lösungen gefunden werden können. **Frau Schmitt-Promny** ist vom Konzept der Verwaltung nicht ganz überzeugt.

Der Schulausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Erweiterung auf volle Zweizügigkeit zur langfristigen Abdeckung des dringlichen Raumbedarfs der LVR-Christoph-Schlingensief-Schule, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung in Oberhausen wird gemäß Vorlage 14/4051 zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der weiteren Planung der Gesamtmaßnahme beauftragt.

Punkt 7

Weiterentwicklung der Arbeit der Integrationsfachdienste Vorlage Nr. 14/4016

Es ergeben sich keine Anmerkungen.

Die Vorlage Nr. 14/4016 zur Weiterentwicklung der Arbeit der Integrationsfachdienste wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland- Zugänge, Gestaltung und Verbleib Vorlage Nr. 14/4005

Frau Prof. Dr. Faber gibt an, dass das Forschungsvorhaben der wichtigen Frage nachgehen soll, wie die berufliche Inklusion für Schulabgänger*innen mit Behinderung noch besser gestaltet werden kann.

Sie teilt auf Nachfrage von **Frau Lungen** mit, dass für dieses Forschungsprojekt - welches in Deutschland einmalig sei - keine EU-Fördermittel zur Verfügung stünden. **Frau Schmitt-Promny** begrüßt das Forschungsvorhaben inhaltlich uneingeschränkt. Ihr erscheint jedoch das Kostenvolumen im Vergleich zur Rheinland-Kita-Studie der Universität Siegen, welche der LVR im Mai 2019 vorgestellt hat, recht hoch. **Frau Prof. Dr. Faber** erläutert die aus Sicht der Verwaltung gerechtfertigte Höhe der Gesamtkosten auch im Hinblick auf den Charakter einer Längsschnittstudie.

Herr Beyer sichert **Frau Schmitt-Promny** zu, der Niederschrift den Finanzierungsplan für das Forschungsvorhaben als **Anlage** beizufügen.

Die Vorlage Nr. 14/4005 zur inklusiven beruflichen (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Modellprojekt „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte“ Vorlage Nr. 14/4010

Frau Schmitt-Promny gibt an, dass der Kostenansatz für den kollaborationsfähigen Roboter nachvollziehbar sei. Sie begrüßt das Modellprojekt.

Der Vorlage Nr. 14/4010 zum Modellprojekt "Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte" wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10
Fortentwicklung des LVR-Budgets für Arbeit
Vorlage Nr. 14/4014

Es ergeben sich keine Anmerkungen.

Die Ausführung zur Fortentwicklung des LVR-Budgets für Arbeit werden gemäß Vorlage Nr. 14/4014 zur Kenntnis genommen.

Punkt 11
Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX
Vorlage Nr. 14/4011

Es ergeben sich keine Anmerkungen.

Die Vorlage Nr. 14/4011 zur Förderung von Inklusionsbetrieben gem. §§ 215 ff. SGB IX wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12
Anfragen und Anträge

Es ergeben sich keine Anmerkungen.

Punkt 13
Verschiedenes

Es ergeben sich keine Anmerkungen.

Goch, den 03.07.2020

Die Vorsitzende

P e t e r s

Köln, den 27.05.2020

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

P r o f . D r . F a b e r

**Finanzierungsplan für das Forschungsvorhaben
„Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im
Rheinland – Zugänge, Gestaltung und Verbleib“ 2020 - 2024**

Finanzierungsplan Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Bezeichnung	Gesamt in €
Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (TV L 13, 100%)	295.000
Hilfskräfte	26.500
Sachausgaben	20.000
Reisekosten	8.000
<i>Zwischensumme</i>	349.500
20 % Pauschale für Gemeinkosten	69.900
Gesamt	419.400

Finanzierungsplan Humboldt-Universität zu Berlin

Bezeichnung	Gesamt in €
Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (TV L 13, 100%)	295.000
Hilfskräfte	26.500
Sekretärin (TV L 8, 5%)	10.300
Sachausgaben	20.000
Reisekosten	8.000
<i>Zwischensumme</i>	359.800
20 % Pauschale für Gemeinkosten	71.960
Gesamt	431.760

Finanzierungsplan, gesamt

Bezeichnung	Gesamt in €
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	419.400
Humboldt-Universität zu Berlin	431.760
Gesamt	851.160